

Henrich legt Kreistagsmandat nieder

🏠 / News



Zukünftig verstärkter Einsatz in der Bürgerinitiative Gesundheitsversorgung vorderer Odenwald

„Bewegungslose Politik und ein Kreistag des Stillstandes“, Christiane Hennrich zieht aus dieser Politik der Untätigkeit die Konsequenzen und verlässt den Kreistag.

„Mehr Schein als Sein! Eine Kreispolitik die allzu oft auf bloße Symbolik und inhaltsleere Worte basiert. Tragisch sind Regierungskoalitionen nach dem Futtertrog Prinzip, die sich weder ergänzen noch am Bürger orientieren, es werden

Probleme am Laufen gehalten anstatt sie zu lösen. Jede Partei die mit der CDU koalitiert und das bezieht sich nicht nur auf den Kreis Bergstraße, wird nebst Koalitionsvereinbarung assimiliert und lahmgelegt“, so Hennrich in Ihrer Stellungnahme.

Hennrich weiter: Dramatisch ist auch, dass die Kreistagspolitik von der Öffentlichkeit wenig bis gar nicht wahrgenommen wird. Hingegen schmort die Politik in ihrem eigenen Saft, eine konkrete bürgerliche Rechenschaft und Auseinandersetzung existiert praktisch nicht. Wenn eine bürgerliche Basis fehlt, werden einer selbstherrlichen Politik kaum Grenzen gesetzt und die politische Koalitionsarbeit, sowie die der Kreisführung, fokussiert sich auf Berichterstattung um die Deutungshoheit über die Themen zu erlangen.

Einem eloquenten Kreis aus CDU und Statisten der SPD ist es damit möglich die Richtung der Themen vorzugeben und mit politischen Machenschaften jeglichen politischen Diskurs zu begraben.

„Die Beispiele sind zu Hauf in vielen Bereichen vorhanden:

Verkehrspolitik - Das Verkehr und Klima in direktem Zusammenhang stehen ist nicht neu, jedoch klimafreundliche Verkehrspolitik wird im Kreis konsequent stiefkindlich behandelt. Zwar lässt man sich geringfügig auf Diskussionen zum Thema Fahrradwege ein, jedoch auf der anderen Seite zeigt gerade die stagnierende Diskussion zur Reaktivierung der Überwald-Bahn mehr als deutlich dieses Verharren in einer gewollten Bewegungslosigkeit, um auf Biegen und Brechen das Gesicht zu wahren, trotz eines fortschreitenden Finanzdesasters namens Draisine. Scheitern nicht zugeben können und das kontinuierliche Verschwenden von Steuergeldern, ist vollkommen inakzeptabel!

Energie vs. Klima – Gerade das Klimathema ist aktuell in aller Munde, so auch auf allen Parteiebenen. Da war DIE LINKE. Dezember 2016 schon weiter, diese wollte, dass Der Ausschuss des Kreistags für Regionalentwicklung und Infrastruktur sich Anfang 2017 mit einem regionalen Energiekonzept für den Landkreis beschäftigt. Dieses Konzept sollte Aufnahme im künftigen Raumordnungsprogramm für die Planung von Windkraft, Bio- und Sonnenenergieanlagen finden. Dies wurde wortreich abgelehnt, Eine aktive Energiepolitik stand für die Koalition zum damaligen Zeitpunkt null zur Debatte. Auch hat man die Chance einer breiten Beteiligung der Bürgerschaft zu ermöglichen nicht genutzt, was die Unruhen bzgl. Windkraft deutlich machen. Wieder ein Beispiel für Regungslosigkeit und dem klimapolitischen Versagen eines ganzen Landkreises.

Umgehung B38a - Weiteres die Verkehrspolitik betreffend sehen wir am früh gestarteten Landratswahlkampf von Karsten Krug SPD. Sich zum jetzigen Zeitpunkt für eine Tunnellösung bzgl. Umgehung B38a auszusprechen, jetzt wo der Markt verlaufen ist, ein Urteil die Umgehungsstraße anstatt eines Tunnels quasi in Stein meißelt. Jetzt hinterherzuhinken ist wenig glaubwürdig und zeigt vielmehr von wenig echtem Durchsetzungswillen für eine nachhaltige Natur- und Umweltschutzpolitik. Es liegt nahe, dass es sich um die übliche opportune Wahlkampfretorik handeln möge um sich vom Gegner, zumindest dem Anschein nach, zu unterscheiden.

Kreisjugendparlament – Zwei Anläufe nahm DIE LINKE um ein Kreisjugendparlament zu installieren. Auch die SPD-Jugendorganisation Jusos votierte zuletzt klar für ein solches Gremium, was auch seitens Karsten Krug als unterstützendes wert befunden wurde. Dennoch war man nicht in der Lage in eine zielführende Diskussion einzusteigen. Stattdessen folgte ein Änderungsantrag seitens SPD der nichts mit der eigentlichen Forderung gemein hat noch einen inhaltlichen Beitrag leistet, um das Thema Jugendparlament voranzubringen. Der „Änderungsantrag“ zielte in seinen Grundzügen auf ein bewährtes Vorgehen der Kreiskoalition ab, um Ideen abzuschmettern. Dazu gehört die Evaluierung! Es soll ausgegraben werden, was unter der Rubrik Jugendbeteiligung im Kreis zu finden ist, um die eigentliche Thematik eines Kreisjugendparlamentes zu verwässern und letztlich für unnötig zu erklären. Weder Sachbezogen, noch interessiert, noch ein Ansatz an demokratischer Zusammenarbeit um sinnvolles zu schaffen.

Gesundheitsversorgung - Was das berühmte Fass zum Überlaufen brachte ist die aktuelle Vorgehensweise bzgl. der Ärztgenossenschaft ÄGIVO und dem Abwerben des Lindenfelser Arztes Dr. Wetzig hin zum Kreis-MVZ! Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich Dr. Wetzig, den ich persönlich kenne und auch sehr schätze, keinen Vorwurf machen will, jedoch stellt sich die Frage wer Interesse daran hat, das Genossenschaftsmodell in seinen Grundzügen zu schwächen und dem MVZ in Lindenfels, durch den Schwund eines tragenden Arztes nebst seiner Patienten, zu schaden und ob aus Kreisen der CDU mit Beteiligung der Kreisspitze hier gewirkt worden ist?

Seitens der Ärztgenossenschaft wurde stets das Gespräch für eine sinnvolle Zusammenarbeit gesucht, jedoch bisher ohne Erfolg. Dabei ist es doch die ÄGIVO die mit ihrem einmaligen Genossenschaftsmodell Akuthilfe leistet um dem Praxensterben entgegenwirkt und medizinische Versorgungszentren aufbaut. Sogar die Gesundheitsministerin Brandenburgs lobte das Projekt als zukunftsweisend und übertragbar auf andere Landkreise. Die Kreationen aus dem Landratsamt NOVO und NORI, unter der Federführung von der ersten Kreisbeigeordneten Diana Stolz, können weder Akuthilfe leisten noch ist überhaupt abzusehen wann hieraus Erfolge zu verzeichnen sind.

Als Vorsitzende der Bürgerinitiative fordere ich die SPD in ihrer Funktion als Koalitionspartner auf Stellung zu beziehen, wie sie sich die Zusammenarbeit mit der ÄGIVO zukünftig vorstellt!

Mit einer CDU geführten Politik wird es eine echte Demokratie mit den Bürgern und für die Bürger und deren Anliegen nicht geben. Was heute als Demokratie verkauft wird, ist nicht mehr als eine Mogel-Packung. Auch wenn wir in bestimmten Zeitabständen wählen dürfen, so erhalten wir stets Schaufensterpolitik. Die klassischen Bürgerrechte werden zur Farce und es bleibt bei den Menschen der Eindruck zurück, dass für sie sowieso niemand etwas was tut. Hieraus entstehen Bedingungen der künstlichen Alternativlosigkeit.

Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt und ich wünsche meinem engagierten Nachfolger Sascha Bahl Energie und Durchhaltevermögen sich für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises, im Sinne einer sozialen Politik, einzusetzen“, so Hennrich abschließend.